

Leipziger Tageblatt

und Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

115. Jahrgang

Bezugspreis: Für Leipzig und Vororte zweimal wöchentlich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatlich M. 16.—, vierteljährlich M. 48.—; für Abnehmer monatlich M. 14.—, vierteljährlich M. 38.—; über den Postweg monatlich M. 17.—, vierteljährlich M. 49.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, vierteljährlich M. 19.—, vierteljährlich M. 57.—; Auslandskontingente: monatlich M. 18.— und vierteljährlich M. 54.—; Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 20 Pf., Abend-Ausgabe 10 Pf., Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiausschusses der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedene andere Behörden.

Anzeigenpreis: Für Leipzig und Vororte bis einschließlich Sonntagabend M. 1,75, von Sonntag bis einschließlich Montag M. 2,50, u. s. w.; kleine Anzeigen die Monatspreise M. 1,40, von Sonntag bis einschließlich Montag M. 1,20, vierteljährlich M. 1,00, sechsmonatlich M. 0,75, jährlich M. 0,50; für den Rest des Monats M. 0,50, für den Rest des Monats M. 0,40, für den Rest des Monats M. 0,30; für den Rest des Monats M. 0,20; für den Rest des Monats M. 0,15; für den Rest des Monats M. 0,10; für den Rest des Monats M. 0,05.

Nr. 394

Dienstag, den 16. August

1921

Die Teuerung in Deutschland

Wie ein Engländer die Lage sieht.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 16. August.

Nach all den unzähligen Artikeln, die in verschiedenen Zeitungen von den schmerzhaften Zuständen in Deutschland gefaselt hatten, hat endlich ein Korrespondent der Daily News den Mut gefunden, seinen Lesern die Wahrheit über die wirklichen Zustände in Deutschland zu sagen. Es faselt nicht über die „Billigkeit“ aller Dinge in Deutschland, sondern er schildert die Verhältnisse, wie sie wirklich sind.

Er stellt fest, daß das Leben in Deutschland immer teurer wird, zum Unterschied von anderen Ländern, wo die Teuerung langsam zurückgeht. Die dauernde Verschlechterung der Valuta mache jeden Handel unmöglich, nicht allein den Außenhandel, sondern auch den inländischen; denn der ständige Rückgang des Marktwertes mache es dem Verkäufer unmöglich, Preise auch nur für den nächsten Tag festzusetzen. Bei der ständig fortschreitenden Entwertung der deutschen Mark bestehe die Gefahr, daß der deutsche Exporteur den ausländischen Preis unterbieten müsse. Der Korrespondent bezeichnet es als eine der Ironien der Situation, daß diese Konkurrenz nur dadurch bekämpft werden könne, daß das Ausland dafür Sorge, daß das deutsche Volk wieder auf das frühere Lebensniveau heraufgebracht werde. Ein Abgeordneter habe im Unterhaus bei der Beratung der Schlüsselindustrien von der angeblichen Hochkonjunktur in Deutschland gesprochen. Gerade das Gegenteil sei richtig. Der Betreffende müsse wohl die hohen Punkte der Börsenpapiere falsch verstanden und geglaubt haben, daß sie besonders gute Geschäfte anzeigen. In Wirklichkeit habe es sich um eine Hochkonjunktur der Verzweiflung gehandelt, denn das deutsche Volk habe das Vertrauen in die deutsche Mark verloren, und wer sein Kapital nicht anders vor völliger Entwertung schützen kann, kaufe, wenn auch bei hohen Kursen, Industriepapiere.

Der Verfasser des Artikels sagt schließlich, daß auch optimistische Kreise einen wirtschaftlichen Zusammenbruch für sicher annehmen, wenn Deutschland gezwungen wird, die Reparationszahlungen in dem Maße zu leisten, wie sie festgesetzt sind.

*

Im Lehrervereinssaale trat der Deutsche Beamtenbund zu einer Tagung zusammen. Zunächst wurde ein Ausschuss eingewählt, der heute Bericht erstatten wird.

Der Streik der Bremer Staatsarbeiter nimmt seinen Fortgang, in der Harburger Delindindustrie ist er beigelegt. In Jena zeigt sich eine neue Streikbewegung.

Angriff auf die Stadt Beuthen

Die polnischen Banden abgemiefen.

Beuthen, 15. August.

Montagabend gegen 6 Uhr versuchten Insurgenten, unterstützt von Mannschaften der Gemeindeführer, einen Vorstoß gegen die Stadt Beuthen, wobei zwei Deutsche verwundet wurden, darunter einer schwer. Den Apokalypten gelang es, sechs Insurgenten zu ermorden und zu verhaften. Sie wurden unter starker Bedeckung nach Beuthen abgeführt.

Sonntagabend gegen 7½ Uhr wurde eine vor dem Waldplatze in Dombrowa owie die Straßenbahn wartende etwa hundertköpfige Menschenmenge von etwa 30-40 Banditen plötzlich umzingelt, mit Stöcken geschlagen und mit Waffen bedroht. Als Polizeibeamte herbeieilten, ergriffen die Banditen die Flucht und entkamen unkenntlich.

Berlin, 16. August.

Größere polnische Banden verließen von jenseits der polnischen Grenze in der Nähe von Wplyow nach Oberschlesien einzudringen. Besatzungstruppen und Beobachter stellten sich ihnen entgegen. Nach kurzem Feuergefecht zogen sich die Banden wieder über die Grenze zurück. Als sie jenseits der Grenze waren, eröffneten sie eine lebhafteste Schießerei auf die ober-schlesische Dittschingen längs der Grenze. Im Kreise Kosenberg wurde gegen das Auto des wegen seiner Unparteilichkeit bei der deutsch-polnischen Versöhnung beliebten englischen Polizeioffiziers Major Cross eine Granatgranate geworfen, die zwar explodierte, aber keinen Schaden anrichtete.

Im Berliner Lokalanzeiger schildert ein Augenzeuge die grausame Mißhandlung eines italienischen Sergeanten auf dem Bahnhof Charlottenstraße bei Kopenik durch polnische Insurgenten. Etwa 30 Insurgenten rissen den Sergeanten aus dem Zugabteil heraus und schlugen unter Verwünschungen auf Italien so lange auf ihn ein, bis er zusammenbrach. Die französische Bahnpolizei sah dem Vorfall unaktiv zu. Der Mallener, der sich wieder in den Zug geschleppt hatte, wurde dort von den Insurgenten weiter mißhandelt. Er ist an den erlittenen Verletzungen gestorben.

Freilassung deutscher Kriegsgefangener

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 16. August.

Wie die Agentur Radio aus Wagnon meldet, ist der dortigen Strafgefangenenverwaltung am Montag vormittag eine ministerielle Verfügung zugegangen, 34 Deutsche, 3 Japaner, 1 Bulgaren und zwei

Lützen, die wegen Vergehens gegen das gemeine Recht bestraft worden waren, freizulassen. Der Kommandant des Müllergewerkschaftes hat sofort die Rückkehr der bei Marinearbeiten und in Wäldern beschäftigten Ge'fangenen angeordnet. Die deutschen Gefangenen werden sofort nach Mannheim geschickt werden. Der Ueberrahbeut der andern Freigeklassenen ist noch unbestimmt.

Die Parteiführer beim Reichskanzler

Berlin, 16. August.

Heute wird der Reichskanzler die Parteiführer der Koalitionsparteien des Reichstages empfangen, um mit ihnen die politische Lage zu erörtern. Er führt damit die Besprechungen fort, die bereits in voriger Woche mit dem Empfang des Reichstagspräsidenten Loeb und des Abgeordneten Hermann Müller-Frankens begonnen, und gestern mit dem Empfang des Abgeordneten Dr. Stresemann als Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten fortgesetzt worden sind.

Wie von anderer Seite mitgeteilt wird, soll der Zusammentritt des Reichstags wie vereinbart, am 6. September erfolgen. Es wird vermutet, daß der Reichstag dann zugunsten Oberschlesiens Anfang September eine Kundgebung veranstaltet; über die Form sollen nach Besprechungen mit den Parteien stattfinden. Am zweitagespräsidenten wäre eine Erklärung des Reichstagspräsidenten im Namen der Parteien, der sich unter Umständen auch die Kommunisten anschließen würden. Für den Fall, daß die Steuererläge am 8. September noch nicht dem Reichstag vorliegen, sollen die Teuerungszulagen für Beamte und Staatsangestellte besprochen werden und einige andere Materien auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die Aussichten im Völkerbund-Gutachten

Wien, 16. August.

Einer der Mitarbeiter der Pressestelle des ober-schlesischen Ausschusses hatte heute Gelegenheit, mit dem Reichstagsabgeordneten Ullrich über die Vermutung der ober-schlesischen Frage an den Völkerbundrat zu sprechen. Ullrich äußerte sich wie folgt:

Die ausbleibende und lähmende Ungewißheit dauert fort. Die Möglichkeit zu neuen Unruhen und Schrecken ist damit gegeben. Der Beschluß, die Entscheidung von einem Gutachten des Völkerbundrates abhängig zu machen, ist an sich geunnamig, und nicht unangenehm, denn wir hoffen, daß mit der Erörterung des Gegenwärtigen, das die ober-schlesische Frage zu bereste und zu entscheiden hat, auch die Objektivität des Urteils wächst.

Ich habe das Gefühl — sagte Ullrich —, daß die Entscheidung im wesentlichen bereits gefällt ist, und daß durch die Verweisung an den Völkerbundrat nur Zeit gewonnen werden soll, um die Aufschmelze der Entscheidung durch die ober-schlesische Bevölkerung vorbereiten zu können. Es ist auch zu erachten, daß die Bevölkerung auch in den Gebieten, die sich für den Anschluß an Polen entschieden haben, immer mehr erwachert wird.

Wenn die Erlaute dem ober-schlesischen Volke noch einmal Gelegenheit geben würde, zu der ober-schlesischen Frage Stellung zu nehmen, so würden nicht 60, sondern wohl über 80 Prozent sich für den Verbleib beim Deutschen Reiche entscheiden.

Nachruf für den „lofen“ Obersten Raf.

London, 15. August.

Der Pariser Berichterstatter der liberalen Westminster Gazette schreibt zur ober-schlesischen Frage, man sehe in Paris die französisch-polnische Sache als verloren an. Es sei so gut wie sicher, daß England, Italien und Japan im Völkerbundrat in der ober-schlesischen Frage denselben Standpunkt einnehmen werden wie Lloyd George. Anzeichen deuteten darauf hin, daß China und Spanien, wahrscheinlich auch Brasilien, den englischen Standpunkt vertreten werden. Es bestehe demnach die Gefahr, daß die Isolierung Frankreichs noch deutlicher zutage treten werde.

Der Oberste Rat, wie er bisher bestand, ist auf jeden Fall tot. Die Mitglieder der letzten Zusammenkünfte, die im Angesichte der ganzen Welt in Szene gesetzt wurden, die höflichen Zweckkämpfe von Staatsmännern, deren Gegenfähigkeiten offenbar wurden, die Aufspießung einer stehenden öffentlichen Meinung, die tatsächlich nur Zeitungsmeinung war — in der Tat hämmert sich das französische Volk heutzutage um Oberschlesien —, die theatralische Aufmachung dieser Verhandlungen und der völlige Bankrott der europäischen Diplomatie, der hier zutage trat, sind heute vorbei.

Noch ein Schulstreik

Eine Elternversammlung in der Gartenstadt Staaken bei Berlin beschloß am 16. August in den Schulstreik zu treten, um dadurch die Schaffung eines Kollegiums zu erzwingen, das die aus dem konfessionellen Religionsunterricht ausgeschiedenen Kinder in freien Schulen zusammenzulassen zuläßt.

Eine Lloyd-George-Rede angekündigt

Lloyd George wird heute, Dienstag, im Unterhaus eine bedeutende Rede über die Beschlüsse des Obersten Rates in Paris halten. Besonders wird er zur ober-schlesischen Frage Stellung nehmen.

Er-Jar Ferdinand geisteskrank?

Daily Mail berichtet, der Er-Jar Ferdinand von Bulgarien, der sich in Coburg befindet, sei plötzlich geisteskrank geworden. Er behauptete, den großen Krieg gewonnen zu haben und Herr der Welt zu sein. Jeden Tag halte er einen großen Empfang seiner gesamten Dienerschaft ab, die die von ihm unterworfenen Fürsten darstellen müssen.

Die Bedeutung der Pariser Beschlüsse für den Völkerbundgedanken

Von Reichsminister a. D. Dr. Bernhard Dernburg.

Die ober-schlesische Frage ist weder eine deutsch-polnische Angelegenheit, noch eine Frage der Auslegung des Friedensvertrages, sondern das Symbol einer weltwirtschaftlichen Auseinandersetzung von der höchsten politischen Tragweite. Gewöhnlich wird die Frage so gestellt: Soll Deutschland dauernd so geschwächt werden, daß es überhaupt keine Wiederankunft leisten, ja wirtschaftlich kaum existieren kann, d. h. soll der Zustand dauernden Kriegs nach dem Kriege bis zu unserer gänzlichen Zerstückelung aufrechterhalten werden. Also die Clemenceau'sche These! Wer die Frage so stellt, betrachtet den gegenwärtigen Kampf als eine deutsch-französische Auseinandersetzung. Aber diese Fragestellung ist zu eng. Richtig gestellt lautet sie: Soll durch die französische Vergewaltigung Deutschlands und die Sicherung der französischen Erfolgskriterien von Warschau und Prag die französische Alleinhegemonie auf dem Kontinent errichtet und verewigt werden und England auf seine Insel und sein Kolonialreich verwiesen werden, wobei sich Frankreich vorbehält, in dem nun ihm angenommenen kommenden Nachkampf zwischen den Mächten sein Gewicht nach Gunst und Vorteil in die Waagschale zu werfen. Und wirtschaftlich gesprochen: Soll Frankreich durch den Besitz der Saar- und Lothringer Gruben, durch die Kontrolle des Ruhrgebietes und durch die Ausbreitung Oberschlesiens zum mächtigsten Industriestaat unserer Hemisphäre werden und damit dem englischen Handel einen schweren Stoß versetzen. So betrachtet, erkennt man, daß Oberschlesien und die Sanktionen ein zusammengehöriges sind und daß die Pariser Konferenz eine Etappe in der Entscheidung der künftigen Schicksale der Welt gewesen ist; ein Kampf, in dem es kein Kompromiß geben konnte, wenn man von einzelnen kleineren Höflichkeitshonziessen etwa absieht. Die Frage schließt also den Frieden der Welt für absehbare Zeit in sich. Daraus ergibt sich, daß eine Entscheidung notwendig zu einem Bruch führen muß, der in ebenfalls absehbarer Zeit die Pforten des Janustempels erneut geöffnet hätte.

Hieraus ergab sich, daß, wenn der Völkerbundgedanke überhaupt ernsthaft genommen werden will, die Angelegenheit früher oder später den Völkerbund beschäftigen mußte. „Wann“ so sagt der Artikel 15 des Covenant, „zwischen Bundesmitgliedern eine Streitfrage entsteht, die zu einem Bruch führen könnte, und diese nicht der Schiedsgerichtsbarkeit unterbreitet wird, so ist sie vor den Rat des Völkerbundes zu bringen.“ Nach dem Verfall der Verträge ist die Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen Aufgabe des Obersten Rates der Alliierten, und es werden demnach schließlich als eine Sache des Prestiges die Alliierten diese Grenze auch ziehen. Da sie sich aber von vornherein dahin geeinigt haben, sie entsprechend dem Gutachten des Völkerbundrats zu ziehen, so ist die Entscheidung der interaktestierten Premier's lediglich form und Ausführung geworden; aus dem Gutachten des Völkerbundrats wird Urteil und Entscheidung. Man scheint sich weiterhin dahin geeinigt zu haben, daß auch ein Mehrheitsvotum des Völkerbundrats angenommen werden soll; ein einseitiges Gutachten also nicht nötig ist. Das ist wohl in der Voraussicht geschehen, daß ein solches einseitiges Urteil nicht erzielbar sein wird, da Frankreich auch in diesem Orerium vermutlich nicht überzeugt werden kann. Das würde dann die Dinge auf den alten Stand bringen, was jedenfalls vermieden werden soll. Die ernste Entscheidung, vor der die Welt zurzeit steht, ist also von Paris nach Genf verlegt und muß zur Probe werden, inwieweit sein gegenwärtiger Ausdruck der Covenant, ein geeignetes Instrument darstellt. Anscheinend handelt es sich allerdings nicht um eine Anrufung des Rates zur Vermeidung eines Bruches, wie sie der Artikel 15 vorsieht. Man bezieht sich auf Artikel 11, Absatz 2, wonach „jedes Bundesmitglied das Recht hat, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung oder des Rates auf jeden Umstand zu lenken, der von Einfluß auf die internationalen Beziehungen sein kann“ (ich übersetze nach dem englischen Text, der für diesen Teil des Friedensvertrages maßgebend ist) „den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen, von dem der Friede abhängt, zu stören droht.“ Aber auch das ist neben-sächlich, und die Natur des Streits ist nicht nur in diesem Wortlaut hinreichend umschrieben, sondern sie liegt auch klar auf der Hand. Ueberdies ergibt sich aus der Haltung des amerikanischen Vertreters, der jede Mitwirkung in der weiteren Behandlung der ober-schlesischen Frage abgelehnt hat, weil Amerika den Friedensvertrag nicht unterzeichnet, also auch mit dem Völkerbund nichts zu tun habe, daß das Forum definitiv auf den Völkerbund verschoben ist. Nun sagt der Artikel 11, Absatz 1 aber — und man kann nicht willkürlich diesen Artikel auseinanderreißen —, daß jeder Krieg und jede Bedrohung mit Krieg, mag davon unmittelbar ein Bundesmitglied betroffen werden oder nicht, eine Angelegenheit des ganzen Bundes ist und daß dieser die zum wirksamen Schutz des Völkerfriedens geeig-